
S 22 KA 566/00 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	12
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 22 KA 566/00 ER
Datum	11.05.2000

2. Instanz

Aktenzeichen	L 12 B 205/00 KA ER
Datum	26.10.2000

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Auf die Beschwerde der Beigeladenen zu 1) wird der Beschluss des Sozialgerichts M^¼nchen vom 11. Mai 2000 aufgehoben und der Antrag der Beschwerdegegnerin, den Berufungsausschuss f^¼r \ddot{A} rzte Bayern zu verpflichten, sie vorl^¼ufig bedarfsunabh^¼ngig als Psychologische Psychotherapeutin zuzulassen, hilfsweise in einen vergleichbaren vorl^¼ufigen Teilnahmestatus einzusetzen, abgelehnt.
II. Die Beschwerdegegnerin hat dem Berufungsausschuss f^¼r \ddot{A} rzte Bayern die Kosten des Antrags- und Beschwerdeverfahrens zu erstatten.

Gr^¼nde:

I.

In diesem Beschwerdeverfahren geht es um die Gew^¼hrung einstweiligen Rechtsschutzes.

Die Beschwerdegegnerin (Bgin) ist Diplompsychologin. Sie war vom Januar 1992 bis Dezember 1993 u.a. freiberuflich f^¼r den Arbeitskreis f^¼r Fraueninteressen, Notruf f^¼r Frauen und M^¼rdchen, in \hat{a} sowie in eigener Praxis in O \hat{a} t^¼tig. Im Januar 1994 er^¼ffnete sie eine psychologische Praxis in M \hat{a} , die sie noch

betreibt. Außerdem war sie vom Oktober 1994 bis Oktober 1997 im Optifast-Zentrum des Krankenhauses der Barmherzigen Bräder in freiberuflich psychotherapeutisch tätig.

Am 29. Dezember 1998 stellte sie Antrag auf bedarfsunabhängige Zulassung als Psychologische Psychotherapeutin in der StraÙe in M. Hilfsweise beantragte sie eine bedarfsunabhängige Ermächtigung zum Zwecke der Nachqualifikation. Am 29. März 1999 legte sie die Urkunde über ihre Approbation als Psychologische Psychotherapeutin vom 4. Januar 1999 vor. Außerdem reichte sie im Laufe des Verwaltungsverfahrens Bestätigungen und weitere Unterlagen ein, mit denen ihre Fachkunde nachgewiesen werden sollte.

Mit Beschluss vom 12. August 1999, ergangen aufgrund der Sitzung vom 17. April 1999, lehnte der Zulassungsausschuss Ärzte und Psychotherapeuten München Stadt und Land sowohl den Antrag auf bedarfsunabhängige Zulassung als auch die hilfsweise gestellten Antrag auf bedarfsunabhängige Ermächtigung ab. Die Bgin habe keine besitzstandswahrende Vortätigkeit im Sinne des [Â§ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V](#) von mindestens 250 Behandlungsstunden innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraumes von höchstens 12 Monaten.

Den hiergegen eingelegten Widerspruch begründete die Bgin im Wesentlichen damit, dass die geforderten 250 Stunden im sogenannten Zeitfenster gesetzeswidrig seien.

Am 8. März 2000 beantragte die Bgin beim Sozialgericht München den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Sie habe im Zeitraum Juni 1994 bis Juni 1997 (Zeitfenster) 221,5 Stunden Patienten der gesetzlichen Krankenversicherung in eigener Praxis behandelt. Seit November 1997 beziehe sie nur noch Einkünfte aus ihrer psychotherapeutischen Praxis. Sie habe einen Anspruch auf bedarfsunabhängige Zulassung. Sie sei approbierte Psychologische Psychotherapeutin und habe den Fachkundenachweis in Verhaltenstherapie erbracht. Die Approbationsurkunde habe sie fristgerecht vorgelegt. Die vom Zulassungsausschuss geforderte Behandlungstätigkeit von 250 Stunden sei nach Auffassung des überwiegenden Teils der Sozialgerichte und einzelner Landessozialgerichte rechtswidrig. Außerdem seien über 600 Stunden nicht beachtet worden, die in der Ambulanz des Krankenhauses der Barmherzigen Bräder in München erbracht worden seien. Es bestehe auch ein Anordnungsgrund. Auch ehemalige Kostenerstattungstherapeuten -wie sie- müssten effektiven Rechtsschutz erlangen. Sie hätte keine Möglichkeit, im Rahmen einer verfassungskonformen Auslegung des Art.10 des Gesetzes über die Berufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, zur Änderung des fünften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze im Folgenden: Einführungsgesetz PsychThG vom 16. Juni 1998 ([BGBl I S.1311](#)) weiter im Rahmen des Delegationsverfahrens teilzunehmen. Ihr könne daher nur eine Regelungsanordnung gemäß [Â§ 123 Abs.1 Satz 2](#) der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) helfen. Ihre wirtschaftliche Situation erfordere eine vorübergehende Zulassung, da sie ansonsten von der weiteren

Wortlaut noch aus dem Sinn und Zweck dieser Bestimmung kÄ¶nne eine Grundlage fÄ¶r eine ZulassungshÄ¶rde von 250 Behandlungsstunden entnommen werden. Die Vorschrift stelle eine Ä¶bergangsvorschrift zur Besitzstandswahrung fÄ¶r diejenigen Psychotherapeuten dar, die in eigener Praxis drei Jahre vor Einbringung des Gesetzentwurfes im Deutschen Bundestag an der ambulanten Versorgung der Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen im Delegations- oder Kostenerstattungsverfahrens teilgenommen hÄ¶tten und die nach dem Willen des Gesetzgebers nicht auf eine Bedarfszulassung verwiesen werden kÄ¶nnten. Die Umsetzung der Ä¶bergangsregelung durch den Zulassungsausschuss sei verfassungswidrig, da sie gegen den Vorbehalt des Gesetzes verstoÄ¶e. BerufsausÄ¶bungsregelungen dÄ¶rften nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes erfolgen. Da das Gesetz Zulassungskriterien von 250 Behandlungsstunden innerhalb eines Jahres in einem dreijÄ¶hrigen Zeitfenster nicht enthalte, sei die Interpretation des Zulassungsausschusses verfassungswidrig und kÄ¶nne daher keinen Bestand haben. Ein Hauptsacheverfahren habe somit sehr gute Erfolgsaussichten. Ein Anordnungsgrund sei ebenfalls zu bejahen, da die Bgin ohne eine vorÄ¶bergehende Zulassung von der weiteren Leistungserbringung praktisch ausgeschlossen wÄ¶re. Als Kostenerstattungstherapeutin kÄ¶nne sie aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Dezember 1999, Az.: [1 BvR 1657/99](#), kein Recht herleiten, bis zur bestandskrÄ¶ftigen Entscheidung Ä¶ber eine bedarfsunabhÄ¶ngige Zulassung weiter am Delegationsverfahren teilnehmen zu kÄ¶nnen. Auch ein weiteres TÄ¶tigwerden im Wege der Kostenerstattung sei nicht denkbar. Denn ein Systemversagen kÄ¶nne bei einer Ä¶berversorgung in nahezu allen bayerischen Planungsbereichen nicht angenommen werden. Ohne eine vorÄ¶bergehende Zulassung kÄ¶nne die Bgin ihre Praxis kaum fortfÄ¶hren. In Anbetracht der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung einer Teilnahme an der Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung sei hierin ein wesentlicher Nachteil im Sinne von [Ä¶ 123 Abs.1 Satz 2 VwGO](#) zu erblicken. Weiter sei zu berÄ¶cksichtigen, dass bis zur endgÄ¶ltigen KlÄ¶rung der streitgegenstÄ¶ndlichen Frage noch einige Zeit vergehen werde, in dem die Bgin ausschlieÄ¶lich auf Privatpatienten angewiesen wÄ¶re. Dies wÄ¶rde letztlich zur SchlieÄ¶ung der Praxis fÄ¶hren. Deshalb kÄ¶nne der Bgin nicht zugemutet werden, den Ausgang des Hauptsacheverfahrens abzuwarten.

Gegen den ihr am 30. Mai 2000 zugestellten Beschluss hat die Beigeladene zu 1) am 21. Juni 2000 Beschwerde mit der BegrÄ¶ndung eingelegt, dass der Anspruch der Bgin auf eine bedarfsunabhÄ¶ngige Zulassung als Psychologische Psychotherapeutin bereits daran scheitere, dass sie den geforderten Fachkundenachweis nicht erbracht habe ([Ä¶ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.1](#) i.V.m. [Ä¶ 95c Satz 2 Nr.3 SGB V](#)). Aus diesen GrÄ¶nden sei auch bisher noch keine Eintragung in das Arztregister erfolgt. Der Fachkundenachweis sei zu keiner Zeit unstrittig gestellt worden. Der Zulassungsausschuss habe dies lediglich dahingestellt sein lassen. Der Fachkundenachweis diene dem Ä¶ffentlichen Interesse an einer fachkundigen Behandlung der Versicherten. GegenÄ¶ber diesem Interesse mÄ¶ssten die Interessen der Bgin zurÄ¶cktreten. Diese kÄ¶nne sich auch nicht auf die GrundsÄ¶tze des Vertrauensschutzes berufen, denn sie habe bisher lediglich im Rahmen der Kostenerstattung gemÄ¶Ä¶ [Ä¶ 13 Abs.3 SGB V](#) Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung psychotherapeutisch behandelt. Diese den

Sachleistungsanspruch durchbrechende Ausnahmeregelung sei nur für Fälle des Systemversagens vorgesehen. Die bloße Ausnutzung von Erwerbchancen infolge eines Systemversagens begründet aufgrund der Rechtsprechung des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen jedoch keine Rechtsstellung im Sinne des Art.10 des Einführungsgesetzes PsychThG. Nur diejenigen Psychotherapeuten, die im Rahmen des Delegationsverfahrens an der Behandlung von gesetzlich Krankenversicherten teilgenommen hätten, hätten aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nach dieser Vorschrift eine gewisse rechtliche Stellung, da die Genehmigung zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung im Wege des Delegationsverfahrens eine statusbegründende begünstigende Regelung gewesen sei. Mit dem Erlass einer einstweiligen Anordnung erhalte die Bgin sehr viel mehr, als sie bisher gehabt habe. Sie habe immer mit dem Verlust ihrer Einnahmen aus Kostenerstattung rechnen müssen, sobald eine ausreichende Anzahl zugelassener Leistungserbringer vorhanden sei. Ergänzend verweist die Beigeladene zu 1) hinsichtlich der Fachkunde auf ihren Schriftsatz vom 26. Juni 2000, den sie im Widerspruchsverfahren gegenüber dem 1. Berufungsausschuss für Ärzte Bayern abgegeben hat: Nach der von der Bgin gewählten Alternative zum Nachweis der Fachkunde seien mindestens 30 dokumentierte und abgeschlossene Behandlungsfälle, 5 Behandlungsfälle unter Supervision mit insgesamt 250 Behandlungsstunden sowie 280 Stunden theoretischer Ausbildung in Verhaltenstherapie nachzuweisen. Anders als die berufsrechtliche Maßnahme die zulassungsrechtliche Fachkunde in einem anerkannten Richtlinienverfahren, wie der Verhaltenstherapie, nachgewiesen werden. Die geforderte theoretische Ausbildung in Verhaltenstherapie sei nicht nachgewiesen. Die vorgelegte Bestätigung des Optifast-Zentrums über 70 Theoriestunden könne nicht anerkannt werden, weil es sich bei diesem Institut nicht um eine anerkannte Weiterbildungseinrichtung handle. Die Bestätigung des Instituts für integrative Gestalttherapie Würzburg über 80 Theoriestunden könne nicht anerkannt werden, weil es sich hierbei nicht um das von der Bgin gewählte Richtlinienverfahren der Verhaltenstherapie handle. Auch die von der Ludwigs-Maximilians-Universität München bestätigten Theoriestunden des Hauptstudiums könnten grundsätzlich nur im gewählten Richtlinienverfahren der Verhaltenstherapie berücksichtigt werden. Von den bestätigten 456 Theoriestunden könnten deshalb maximal 50 Stunden anerkannt werden. Mit 50 nachgewiesenen Theoriestunden liege die Bgin weit unter der geforderten Stundenzahl. Auch hinsichtlich des Praxisnachweises könnten derzeit keine Stunden anerkannt werden. Die vom Optifast-Zentrum vorgelegte Bescheinigung sei nicht vom Leiter der Einrichtung unterzeichnet worden. Im Übrigen sei ein Praxisnachweis von 750 Behandlungsstunden nicht erbracht. Auch die erforderlichen Supervisionsstunden seien nicht nachgewiesen. Für die hilfsweise beantragte Ermächtigung zum Zwecke der Nachqualifikation fehle die Sockelqualifikation. Es müssten hierfür nach [§ 95 Abs.11 Satz 1 Nr.1 SGB V](#) 500 dokumentierte Behandlungsstunden oder 250 dokumentierte Behandlungsstunden unter qualifizierter Supervision jeweils in einem Richtlinienverfahren nachgewiesen werden. Dieser Nachweis sei nicht erbracht.

Die beschwerdeführende Beigeladene zu 1) beantragt,

den Beschluss des Sozialgerichts München vom 11. Mai 2000 aufzuheben und

sowohl den Haupt- als auch den Hilfsantrag der Bgin abzuweisen.

Die Bgin beantragt,

die Beschwerde der Beigeladenen zu 1) gegen den Beschluss des Sozialgerichts M¹/₄nchen vom 11. Mai 2000 zur¹/₄ckzuweisen.

Sie ist der Auffassung, dass im Rahmen der summarischen Pr¹/₄fung im Eilverfahren davon auszugehen sei, dass die erforderliche Fachkunde vorliege, weil der Fachkundenachweis vom Zulassungsausschuss nicht gepr¹/₄ft worden sei. Da sie eine sch¹/₄tzenswerte Vort¹/₄tigkeit nachgewiesen habe, bestehe ein Anordnungsanspruch. Anders als durch die beantragte und erhaltene Anordnung k¹/₄nnne die Bgin vorl¹/₄ufigen Rechtsschutz nicht erhalten. Erg¹/₄nzend hat die Bgin auf ihren Schriftsatz vom 3. August 2000 hingewiesen, den sie gegen¹/₄ber dem 1. Berufungsausschuss f¹/₄r ¹/₄rzte Bayern abgegeben hat. Darin hat sie ausgef¹/₄hrt, dass der Fachkundenachweis erbracht sei. Weder aus dem Gesetzestext noch aus der Begr¹/₄ndung sei ersichtlich, dass zum Nachweis der Theorieausbildung lediglich eine postgraduale theoretische Weiterbildung ber¹/₄cksichtigt werden k¹/₄nnne. Sie habe auch den Praxisnachweis mit mehr als 30 dokumentierten und abgeschlossenen F¹/₄llen mit mindestens 750 Behandlungsstunden gef¹/₄hrt. Soweit bez¹/₄glich des Nachweises Vorbehalte vorgetragen worden seien, w¹/₄rden diese behoben. Auch die supervidierten F¹/₄lle seien anzuerkennen. Es sei der Beigeladenen zu 1) verwehrt, gegen den Gesetzeswortlaut weitere Erschwernisse aufzustellen, etwa das Verlangen einer qualifizierten Supervision von Supervisoren, die von ihr anerkannt seien. Aus dem bereits vorgelegten und noch vorzulegenden Bescheinigungen sei ersichtlich, dass mehr als 500 Stunden im Richtlinienverfahren Verhaltenstherapie nachgewiesen seien, so dass zumindest die Sockelqualifikation f¹/₄r die hilfsweise beantragte Erm¹/₄chtigung zur Nachqualifikation belegt sei.

Des Weiteren hat die Bgin mit Schriftsatz vom 17. Oktober 2000 ihren Schriftsatz vom gleichen Tage an den 1. Berufungsausschuss f¹/₄r ¹/₄rzte Bayern -ohne Anlagen- vorgelegt. Darin hat sie erg¹/₄nzend vortragen lassen, dass sich allein aus den Best¹/₄tigkeiten der Ambulanz der Barmherzigen Br¹/₄der 633 Stunden therapeutischer T¹/₄tigkeit und damit ihre Sockelqualifikation ergebe. Au¹/₄erdem seien 344 Behandlungsstunden von Patienten der gesetzlichen Krankenversicherung nachgewiesen sowie 71 Stunden von 2 Patienten der privaten Krankenversicherung. F¹/₄r den Theorienachweis sei ihre universit¹/₄re Ausbildung in der Klinischen Psychologie anzuerkennen. Diese entspreche der f¹/₄r ¹/₄rzte geforderten Weiterbildung in der verhaltenstherapeutisch orientierten Psychotherapie.

Die Beigeladene zu 2) hat sich in ihrer Stellungnahme den Ausf¹/₄hrungen der beschwerdef¹/₄hrenden Beigeladenen zu 1) angeschlossen.

Das Sozialgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen und sie dem Senat zur Entscheidung vorgelegt. Diesem liegen die von der beschwerdef¹/₄hrenden Beigeladenen zu 1) ¹/₄bersandte Verwaltungsakte, die Antragsakte (Az.: [S 22 KA 566/00 ER](#)) sowie die Beschwerdeakte (Az.: [L 12 B 205/00 KA ER](#)) vor. Auf den

sonstigen Inhalt dieser Akten wird ergänzend Bezug genommen.

II.

Die gemäß [Â§ 172, 173](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) statthafte sowie form- und fristgerecht eingelegte Beschwerde der Beigeladenen zu 1) ist auch im [Â§ 172 Abs. 1 S. 1 SGG](#) zulässig. Diese ist beschwerdebefugt, denn sie ist aufgrund der ihr [Â§ 172 Abs. 1 S. 1 SGG](#) übertragenen Verantwortung für eine den gesetzlichen und vertraglichen Erfordernissen entsprechende Durchführung der vertragsärztlichen Versorgung, zu der seit Inkrafttreten des Einführungsgesetzes PsychThG die psychotherapeutische Behandlung durch Psychologische Psychotherapeuten gehört ([Â§ 27 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1, 28 Abs. 3, 73 Abs. 2 Nr. 1, 75 Abs. 1 SGB V](#)), durch Entscheidungen in Zulassungssachen stets und unmittelbar in eigenen Rechten betroffen und damit auch durch eine vom Sozialgericht ausgesprochene Verpflichtung des Beschwerdeausschusses für Ärzte Bayern zur vorläufigen Zulassung einer Psychologischen Psychotherapeutin [Â§ 172 Abs. 1 S. 1 SGG](#) wie der Klägerin [Â§ 172 Abs. 1 S. 1 SGG](#) materiell beschwert (vgl. zur materiellen Beschwer der Kassenärztlichen Vereinigungen in Zulassungssachen: BSG [SozR 3-2500 Â§ 311 Nr. 4](#) S.24; BSG [SozR 3-2500 Â§ 119 Nr. 1](#) S.2; BSG [SozR 3-5520 Â§ 44 Nr. 1](#) = MedR 2000, 1998, 1999).

Die mithin zulässige Beschwerde ist auch begründet. Denn das Sozialgericht hat mit dem angefochtenen Beschluss vom 11. Mai 2000 den Beschwerdeausschuss für Ärzte Bayern im Wege der einstweiligen Anordnung zu Unrecht verpflichtet, die Bgin vorläufig bedarfsunabhängig zuzulassen. Die Erfolgsaussichten des Hauptsacheverfahrens sind allenfalls als offen zu beurteilen. Die beantragte einstweilige Anordnung ist zur Abwendung wesentlicher Nachteile für die Bgin nicht notwendig. Ihr ist ein Abwarten auf die Hauptsacheentscheidung zuzumuten, da sie sich als bisher im Kostenerstattungsverfahren tätige Psychotherapeutin nicht auf einen über [Â§ 95 Abs. 10 Satz 1 Nr. 3](#) bzw. [Abs. 11 Satz 1 Nr. 3 SGB V](#) hinausgehenden Besitzstand berufen kann und ihr auch keine schweren Nachteile entstehen, wenn sie auf den Rechtsweg in der Hauptsache verwiesen wird.

Nach der gefestigten Rechtsprechung des Senats (vgl. zuletzt Beschlüsse vom 7. September 1999, Az.: L 12 B 166/99 KA ER, vom 17. Dezember 1999, Az.: [L 12 B 359/99 KA ER](#), Breithaupt 2000, 245 und vom 18. September 2000, Az.: L 12 B 469/99 KA ER) gestattet das Grundrecht auf wirksamen Rechtsschutz ([Art. 19 Abs. 4 GG](#)) den Sozialgerichten über die in SGG geregelten Fälle hinaus, Lücken des vorläufigen Rechtsschutzes durch entsprechende Anwendung der Bestimmungen der VwGO, insbesondere [Â§ 123 VwGO](#), zu schließen ([BVerfGE 46, 166](#) (177 f) = [SozR 1500 Â§ 95 Nr. 1](#); Meyer-Ladewig, SGG, 6. Auflage, [Â§ 97 Rdnrn. 13f, 20 ff](#)). Bei Vornahmesachen (Erteilung eines begründenderen Verwaltungsaktes) vermögen die Regelungen in [Â§ 97 Abs. 4 Satz 2 SGB V, 97 Abs. 1 Nr. 4 Abs. 3 SGG](#) keinen wirksamen vorläufigen Rechtsschutz zu begründen (vgl. Spellbrink, MedR 1999, 304; Harneit, MedR 1999, 308, 311; Beschluss des Senats vom 21. November 1995, Az.: [L 12 B 211/95 KA-VR, NZS 1996, 93](#)). Will der Antragsteller sofort (zumindest vorläufig) die begehrte Rechtsstellung erhalten, so bleibt nur der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung entsprechend [Â§ 123 VwGO](#), wie ihn hier die Bgin mit dem Antrag vom 8. März 2000 gestellt hat.

Nach [Â§ 123 VwGO](#) kann das Gericht auf Antrag in Bezug auf den Streitgegenstand eine einstweilige Anordnung treffen, wenn die Gefahr besteht, dass durch eine VerÃ¤nderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden kÃ¶nnte (Sicherungsanordnung im Sinne des [Â§ 123 Abs.1 Satz 1 VwGO](#)). DarÃ¼ber hinaus sind einstweilige Anordnungen auch zur Regelung eines vorlÃ¤ufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges RechtsverhÃ¤ltnis zulÃ¤ssig, wenn diese Regelung, vor allem bei dauernden RechtsverhÃ¤ltnissen, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder drohende Gewalt zu verhindern oder aus anderen GrÃ¼nden nÃ¶tig erscheint (Regelungsanordnung im Sinne des [Â§ 123 Abs.1 Satz 2 VwGO](#)).

Eine Regelungsanordnung, die mit der Verpflichtung der Erteilung einer vorlÃ¤ufigen bedarfsunabhÃ¤ngigen Zulassung bzw. einer Einsetzung in einen gleichwertigen vorlÃ¤ufigen Teilnahmestatus begehrt wird, setzt sowohl einen Anordnungsgrund (Notwendigkeit einer vorlÃ¤ufigen Regelung, weil ein Abwarten auf eine Entscheidung in der Hauptsache nicht zuzumuten ist), als auch einen Anordnungsanspruch (materielles Recht, fÃ¼r das einstweiliger Rechtsschutz geltend gemacht wird) voraus, wobei zwischen Anordnungsgrund und Anordnungsanspruch eine Wechselbeziehung besteht. An das Vorliegen eines Anordnungsgrundes sind dann weniger strenge Anforderungen zu stellen, wenn bei summarischer PrÃ¼fung des Sach- und Rechtslage das Obsiegen in der Hauptsache sehr wahrscheinlich ist. Ist bzw. wÃ¤re eine in der Hauptsache erhobene Klage offensichtlich unzulÃ¤ssig oder mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit unbegrÃ¼ndet, so ist wegen fehlenden Anordnungsanspruchs der Erlass einer einstweiligen Anordnung abzulehnen. Sind die Erfolgsaussichten in der Hauptsache offen, kommt dem Anordnungsgrund entscheidende Bedeutung zu. In diesem Fall ist unter BerÃ¼cksichtigung der Interessen des Antragstellers einerseits sowie der Ã¶ffentlichen Interessen oder der Interessen anderer Personen andererseits zu prÃ¼fen, ob es dem Antragsteller zumutbar ist, die Hauptsacheentscheidung abzuwarten (vgl. BeschlÃ¼sse des Senats vom 7. September 1999, Az.: L 12 B 116/99 KA ER, vom 17. Dezember 1999, Az.: [L 12 B 359/99 KA ER](#), Breithaupt 2000, 245 und vom 18. September 2000, Az.: L 12 B 469/99 KA ER).

Im vorliegenden Fall hÃ¤lt der Senat bei summarischer PrÃ¼fung der im Zeitpunkt seiner Entscheidung maÃgebenden Sach- und Rechtslage die Erfolgsaussichten in der Hauptsache fÃ¼r offen. Der Senat hat bereits mit Beschluss vom 17. Dezember 1999 (Az.: [L 12 B 359/99 KA ER](#), Breithaupt 2000, 245, 248f) seine Auffassung zur Auslegung des Zeitfensters des [Â§ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.3 SGB V](#) in der Fassung des EinfÃ¼hrungsgesetzes PsychThG dargelegt. An dieser Auffassung hÃ¤lt der Senat fest. Es ist noch in diesem Jahr eine abschlieÃende KlÃ¤rung dieser umstrittenen Rechtsfrage durch das Bundessozialgericht zu erwarten. Aber selbst wenn man, wie das Sozialgericht, eine kurzzeitige psychotherapeutische TÃ¤tigkeit als ausreichend fÃ¼r eine besitzstandswahrende VortÃ¤tigkeit ansieht, fÃ¼hrt dies im vorliegenden Fall nicht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Anspruch auf eine bedarfsunabhÃ¤ngige Zulassung. Denn [Â§ 95 Abs.10 Satz 1 SGB V](#) macht diesen Anspruch nicht nur von einer VortÃ¤tigkeit (Nr.3), sondern auch von der Vorlage der Approbationsurkunde (Nr.2) und des Weiteren davon abhÃ¤ngig, dass "bis zum 31. Dezember 1998 die Voraussetzungen des Fachkundenachweises nach [Â§ 95c Satz 2](#)

Nr.3 erfÄ¼llt" sind (Nr.1). Der Fachkundenachweis ist fÄ¼r den nach dem Ä¼bergangsrecht des [Ä¼ 12 PsychThG](#) approbierten Psychotherapeuten ä¼ wie hier der Bgin ä¼ dann erbracht, wenn er "die fÄ¼r eine Approbation geforderte Qualifikation, Weiterbildung oder Behandlungsstunden, BehandlungsfÄ¼lle und die theoretische Ausbildung in einem durch den Bundesausschuss der Ä¼rzte und Krankenkassen nach [Ä¼ 92 Abs.1 Satz 2 Nr.1 SGB V](#) anerkannten Behandlungsverfahren nachweist" (Ä¼ 95c Satz 2 Nr.3). Da die Bgin ausweislich der Anlage 1 zu ihrem Antrag auf bedarfsunabhÄ¼ngige Zulassung vom 22. Dezember 1998 zu dem in [Ä¼ 12 Abs.3 Satz 3 PsychThG](#) genannten Personenkreis gehÄ¼rt, hatte sie fÄ¼r die Erlangung der Approbation 30 dokumentierte BehandlungsfÄ¼lle (Satz 3 Nr.1 2. Alternative), 5 BehandlungsfÄ¼lle unter Supervision mit insgesamt mindestens 150 Behandlungsstunden (Satz 3 Nr.2) und 280 Stunden theoretischer Ausbildung in wissenschaftlich anerkannten Verfahren (Satz 3 Nr.3) nachzuweisen. Anders als das berufsrechtliche Ä¼bergangsrecht in [Ä¼ 12 PsychThG](#), das eine theoretische Ausbildung in wissenschaftlich anerkannten Verfahren im Sinne des [Ä¼ 11 PsychThG](#) verlangt, fordert der Fachkundenachweis nach [Ä¼ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.1](#) i.V.m. [Ä¼ 95c Satz 2 Nr.3 SGB V](#) Kenntnisse und Erfahrungen in einem Behandlungsverfahren, das der Bundesausschuss fÄ¼r Ä¼rzte und Krankenkassen nach den jeweils geltenden Psychotherapie-Richtlinien anerkannt hat, also ein Richtlinienverfahren (vgl. [BT-Drs. 13/9212](#), 54; Spellbrink, NZS 1999, 1, 5f). Dazu gehÄ¼rt nach Abschnitt B 1 Nr.1.2 der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Psychotherapie-Richtlinien vom 3. Juli 1987, zuletzt geÄ¼ndert am 7. Dezember 1996 (BAnz 1997 Nr.46, 2946), die Verhaltenstherapie, in der die Bgin laut Anlage 1 zum Antrag vom 22. Dezember 1998 ihre Fachkunde nachweisen will. Ob dieser Nachweis gelungen ist, wird der eingehenden PrÄ¼fung im Hauptsachverfahren, zunÄ¼chst durch den Berufungsausschuss fÄ¼r Ä¼rzte Bayern, vorbehalten bleiben. Bei summarischer PrÄ¼fung der im Zeitpunkt der Entscheidung des Senats maÄ¼gebenden Sach- und Rechtslage bestehen jedenfalls erhebliche Zweifel, ob die Bgin den Fachkundenachweis in Verhaltenstherapie mit den bislang vorgelegten BestÄ¼tigungen erbracht hat. Die beschwerdefÄ¼hrende Beigeladene zu 1) hat sowohl in der BeschwerdebegrÄ¼ndung als auch ausfÄ¼hrlich in ihrem Schriftsatz an den Berufungsausschuss fÄ¼r Ä¼rzte Bayern vom 26. Juni 2000 vorgetragen, dass vor allem hinsichtlich der 280 Stunden theoretischer Ausbildung in Verhaltenstherapie, aber auch hinsichtlich des Praxisnachweises (30 dokumentierte und abgeschlossene FÄ¼lle mit mindestens 750 Stunden) sowie der Supervisionsstunden erhebliche Bedenken bestehen, den Fachkundenachweis als erbracht anzusehen. Diese Bedenken wurden durch die SchriftsÄ¼tze der BevollmÄ¼chtigten der Bgin vom 3. August 2000 und 17. Oktober 2000 nicht vollends ausgerÄ¼mt. Der Senat hÄ¼lt zwar bei summarischer PrÄ¼fung den Praxisnachweis sowie den Nachweis der Supervisionsstunden fÄ¼r erbracht. Er ist jedoch wie die beschwerdefÄ¼hrende Beigeladene zu 1) der Auffassung, dass die Bgin 280 Stunden theoretischer Ausbildung bislang nicht nachgewiesen hat. [Ä¼ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.1](#), [95c Satz 2 Nr.3 SGB VI](#) i.V.m. [Ä¼ 12 Abs.3 Satz 3 Nr.1 2.Alternative PsychThG](#) verlangen fÄ¼r den Praxisnachweis 30 dokumentierte und abgeschlossene FÄ¼lle. FÄ¼r die von der beschwerdefÄ¼hrenden Beigeladenen zu 1) darÄ¼ber hinaus geforderten 750 Behandlungsstunden dÄ¼rfte es keine gesetzliche Grundlage geben, sie kÄ¼nnten allenfalls aus einer restriktiven Auslegung des Wortlauts "dokumentierte und abgeschlossene FÄ¼lle" gewonnen

werden. Die Klärung der Frage, ob eine derartige Auslegung geboten ist, muss dem Hauptsacheverfahren vorbehalten bleiben. Durch die Bestätigung des Optifast-Zentrums des Krankenhauses der Barmherzigen Bräder in München vom 18. Dezember 1998 ("Nachweis über psychotherapeutische Tätigkeit im Sinne des Psychotherapeutengesetzes") sind 35 dokumentierte Behandlungsfälle in Verhaltenstherapie belegt, deren Behandlungsdauer und -abschluss in der jeweils beigefügten Dokumentation der Bgin enthalten sind. Soweit die Beigeladene zu 1) diese Bestätigung für unzureichend hält, weil sie nicht vom Leiter der Einrichtung unterschrieben sei, findet sich für dieses Erfordernis in den gesetzlichen Bestimmungen kein Anhaltspunkt. Letztlich wird der Berufungsausschuss für Ärzte Bayern im Rahmen seines Ermessensspielraums zu entscheiden haben, welche Beweismittel er für den Fachkundenachweis für erforderlich hält ([§ 21 Abs.1 Satz 1 SGB X](#)). Auch die fünf Behandlungsfälle in Verhaltenstherapie unter Supervision mit mindestens 250 Behandlungsstunden im Sinne von [§ 95 Abs.10 Satz 1 Nr.1, 95c Satz 2 Nr.3 SGB V](#) i.V.m. [§ 12 Abs.3 Satz 3 Nr.2 PsychThG](#) dürften nachgewiesen sein, weil insoweit der Gesetzgeber anders als für die Sockelqualifikation ([§ 95 Abs.11 Satz 1 Nr.1 SGB V](#)) keine qualifizierte Supervision verlangt. Erhebliche Zweifel bestehen im vorliegenden Fall jedoch hinsichtlich des Nachweises der geforderten theoretischen Ausbildung in Verhaltenstherapie. Der Senat hat bereits in seinem Beschluss vom 18. September 2000, Az.: L 12 B 145/99 KA ER Bedenken dahingehend geäußert, ob in diesem Zusammenhang die Qualifikation des Ausbildungsinstituts geprüft werden darf. Aber selbst wenn man die 70 Theoriestunden in Verhaltenstherapie, die vom Optifast-Zentrum des Krankenhauses der Barmherzigen Bräder in München bestätigt wurden (Bestätigung vom 18. Dezember 1998), berücksichtigt, dürfte der Nachweis von 280 Stunden theoretischer Ausbildung in Verhaltenstherapie nicht erbracht sein. Der Senat teilt die Auffassung der Beigeladenen zu 1), dass die theoretische Ausbildung ebenso wie die berufsrechtliche Weiterbildung der Ärzte, an die deren Fachkundenachweis anknüpft ([§ 95a Abs.1 Nr.2 SGB V](#)), grundsätzlich postgradual zu erbringen ist. Die von der Ludwigs-Maximilians-Universität in München bestätigten 456 Stunden Theorie in Verhaltenstherapie können allenfalls teilweise angerechnet werden, jedoch nicht in einem Umfang von über 200 Stunden. Ob, wie die beschwerdeführende Beigeladene zu 1) meint, maximal 50 Stunden anerkannt werden können, wird der Berufungsausschuss für Ärzte Bayern zu entscheiden haben. Auch der Nachweis der Sockelqualifikation in Verhaltenstherapie im Sinne des [§ 95 Abs.11 Satz 1 Nr.1 SGB V](#) dürfte nicht erbracht sein. Die vom Gesetzgeber geforderten 500 dokumentierten Behandlungsstunden oder 250 dokumentierten Behandlungsstunden unter qualifizierter Supervision in Verhaltenstherapie dürften bislang nicht nachgewiesen sein. Insoweit ist von Belang, dass die bestätigende Supervisorin nicht für das Richtlinienverfahren der Verhaltenstherapie anerkannt ist. Soweit sich die Bgin insoweit auf die Bestätigung des Optifast-Zentrums des Krankenhauses der Barmherzigen Bräder in München stützt, vermag der Senat aus den ihm vorgelegten Unterlagen nach wie vor nicht zu erkennen, wie sich die Behandlungsstunden auf Einzel- bzw. Gruppentherapien verteilen. Gruppensitzungen können, jeweils abhängig von der Behandlungsdauer, nur einmal als Behandlungsstunden anerkannt werden. Eine Aufstellung, aus der sich die Anzahl der Teilnehmer in den einzelnen

Gruppenbehandlungsstunden ergibt, lässt sich in den Akten nicht finden. Dem Schriftsatz vom 17. Oktober 2000 war die Anlage, aus der dies eventuell zu ersehen wäre, nicht beigelegt. Soweit sich die Bgin insoweit auf die Behandlung von Patienten der gesetzlichen Krankenversicherung sowie auf die Behandlung von Patienten der privaten Krankenversicherung beruft, lässt sich aus den dem Senat vorliegenden Unterlagen nur in den beiden Fällen der AOK Bayern, Direktion München, aus Bestätigungen des Kostenträgers (Bestätigung vom 12. August 1996) oder des behandelnden Arztes (Bestätigung vom 8. April 1998) entnehmen, dass diese Patienten verhaltenstherapeutisch behandelt wurden. Abgesehen von Eigenbelegen beschränkt sich der Nachweis im Übrigen allgemein auf "psychotherapeutische Behandlung", mithin ist die Verhaltenstherapie nicht speziell durch Dritte belegt. Ob die Eigenbelege ausreichend sind, wird der Berufungsausschuss für Ärzte Bayern im Rahmen des ihm nach [Â§ 21 Abs.1 Satz 1 SGB X](#) zustehenden Ermessensspielraums zu entscheiden haben.

Für den Erlass einer einstweiligen Anordnung ist deshalb allein entscheidend, ob ein Anordnungsgrund besteht, d.h. ob es der Bgin unter Berücksichtigung ihrer Interessen einerseits sowie der öffentlichen Interessen oder Interessen anderer Personen andererseits zumutbar ist, die Hauptsachentscheidung abzuwarten. Diese Interessensabwägung fällt im vorliegenden Fall zu Lasten der Bgin aus. Ihr Interesse, das sie mit dem Antrag verfolgt, besteht darin, gemäß [Â§ 95 Abs.10 SGB V](#) bedarfsunabhängig zugelassen bzw. gemäß [Â§ 95 Abs.11 SGB V](#) zum Zwecke der Nachqualifikation bedarfsunabhängig ermächtigt zu werden. Damit nimmt sie gegenüber denjenigen, die die Voraussetzungen für eine bedarfsunabhängige Zulassung/Ermächtigung nicht erfüllen und deshalb allenfalls bedarfsabhängig zugelassen werden können, ein Privileg in Anspruch. Diese Ungleichbehandlung ist unter Beachtung des Gleichheitssatzes ([Art.3 Abs.1 GG](#)) nur verfassungsgemäß, wenn zwischen beiden Gruppen Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen (vgl. [BVerfG 55, 72](#) (88), 88, 87 (96f), 96, 315 (325); 100, 59 (90); 100, 109 (127)). Die Gründe für die bevorzugte Behandlung durch den Gesetzgeber liegen in der bisher innegehabten Rechtsposition. Aus Gründen des Vertrauensschutzes soll denjenigen Psychologischen Psychotherapeuten eine Tätigkeit im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung möglich sein, die die Voraussetzungen des [Â§ 95 Abs.10](#) bzw. Abs.11 SGB V erfüllen. Sind diese Voraussetzungen jedoch – wie hier – nicht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit erfüllt, erscheint es dem Senat im Rahmen der Prüfung des Anordnungsgrundes angezeigt, hinsichtlich der vor Inkrafttreten des Einführungsgesetzes PsychThG innegehabten Rechtsposition zwischen den Psychotherapeuten, die im Delegationsverfahren tätig waren ("Delegations-Psychotherapeuten") und denjenigen, die im Kostenerstattungsverfahren Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen ("Kostenerstattungs-Psychotherapeuten") behandelt haben, zu differenzieren. Diese Rechtspositionen unterscheiden sich erheblich. Die Genehmigung zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung im Wege des Delegationsverfahrens stellte eine statusbegründende begünstigende Regelung dar, die – wenn auch schwächer ausgeprägt – einer Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung hinsichtlich ihres Bestandschutzes vergleichbar war. Eine Aufhebung der sich daraus ergebenden Berechtigung muss deshalb –

wie eine Zulassungsentziehung â verfassungsmÃÃigen Anforderungen entsprechen, die vor [Art.12 Abs.1 GG](#) Bestand haben (vgl. [BSGE 72, 238](#) = SozR 2500 Â§ 15 Nr.3; BVerfG, Beschluss vom 22. Dezember 1999, Az.: [1 BvR 1657/99](#) S.5). Dazu gehÃ¶rt der Grundsatz der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Klage. Nach dem vorgenannten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist deshalb Art.10 des EinfÃ¼hrungsgesetzes PsychThG dahingehend verfassungskonform auszulegen, dass die Rechte aus dem Delegationsverfahren erst durch eine bestandskrÃftige Entscheidung des Zulassungsausschusses erlÃ¶schen. Diesem Personenkreis ist demnach weiterhin Ã¼bergangsweise die Abrechnungsgenehmigung im Rahmen des Delegationsverfahrens zu erteilen, so dass in der Regel kein Anordnungsgrund fÃ¼r eine vorlÃ¤ufige bedarfsunabhÃ¤ngige Zulassung besteht. Auf einen solchen Bestandsschutz kann sich ein Psychologischer Psychotherapeut, der vor Inkrafttreten des EinfÃ¼hrungsgesetzes PsychThG im Kostenerstattungsverfahren gemÃÃ [Â§ 13 Abs.3 SGB V](#) tÃtig war, nicht berufen (vgl. BeschlÃ¼sse des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1999 Az.: [L 11 B 34/98 KA](#) und vom 18. Februar 2000, Az.: [L 12 B 71/99 KA](#)). Bei der Leistungserbringung im Rahmen des [Â§ 13 Abs.3 SGB V](#) handelt es sich um eine Ausnahme vom Sachleistungsprinzip, nÃ¤mlich um einen krankenversicherungsrechtlichen Kostenerstattungs- bzw. Freistellungsanspruch des Versicherten gegen die gesetzliche Krankenkasse fÃ¼r den Fall des Systemversagens (dazu: BSG [SozR 3-2500 Â§ 13 Nr.12](#) S.57f; BSG [SozR 3-2500 Â§ 135 Nr.4](#) S.10f). Rechtsbeziehungen bestanden deshalb in diesem Falle nur zwischen dem Therapeuten und dem Versicherten einerseits sowie zwischen dem Versicherten und der gesetzlichen Krankenkasse andererseits. Zu einer erneuten Kostenerstattung war die Krankenkasse gegenÃ¼ber dem Versicherten nur verpflichtet, wenn weiterhin ein Systemversagen vorlag. FÃ¼r den Therapeuten begrÃ¼ndete die Teilnahme im Rahmen des Kostenerstattungsverfahrens lediglich eine vom Schutzbereich des [Art.12 Abs.1 GG](#) nicht erfasste, einzelfallbezogene Erwerbchance. [Art.12 Abs.1 GG](#) gewÃhrt kein Recht auf Erhaltung des GeschÃftsumfangs und die Sicherung weiterer ErwerbsmÃ¶glichkeiten (vgl. [BVerfGE 34, 252](#) (256); BVerfG, [NJW 1999, 2729](#)). Die durch die Kostenerstattung begrÃ¼ndete Rechtsstellung des Kostenerstattung-Psychotherapeuten ist demnach nicht mit einer Zulassung oder einer Teilnahme im Rahmen eines Delegationsverfahrens vergleichbar. Demnach ist fÃ¼r diesen Personenkreis keine verfassungskonforme Auslegung des Art.10 des EinfÃ¼hrungsgesetzes PsychThG geboten. Es ist somit rechtlich nicht zu beanstanden, wenn die Beigeladene zu 1) die Erteilung einer Ã¼bergangsweisen Abrechnungsgenehmigung auf die Psychologischen Psychotherapeuten, die bisher im Delegationsverfahren tÃtig waren, beschrÃ¤nkt hat. Ausreichend ist es, wenn den "Erstattungs-Psychotherapeuten" die MÃ¶glichkeit eingerÃ¤umt wird, die vor Inkrafttreten des Gesetzes begonnenen psychotherapeutischen Behandlungen abzuschlieÃen und den Versicherten die entstandenen Kosten von den Krankenkassen erstattet werden bzw. diese von den Kosten frei gestellt werden. Rechtlich unbedenklich ist es, wenn die Krankenkassen die Kostenerstattung fÃ¼r neue BehandlungsfÃlle ablehnen, weil nunmehr eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung sichergestellt ist und damit ein Systemversagen nicht mehr vorliegt. Sofern die bislang im Kostenerstattungsverfahren tÃtigen Psychologischen Psychotherapeuten nicht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Anspruchsvoraussetzungen fÃ¼r eine

bedarfsunabhängige Zulassung bzw. Ermächtigung erfüllen, besteht in der Regel aber auch kein Grund, sie vorläufig zuzulassen bzw. zu ermächtigen oder wie hier hilfsweise beantragt in eine vergleichbare Rechtsposition einzusetzen. Denn damit würde ihnen vorläufig eine Rechtsposition eingeräumt, die weit über ihre bisherige Rechtsstellung hinausgeht und ihnen m^glicherweise endg^l nicht zusteht. Mit einer im Wege der einstweiligen Anordnung ausgesprochenen Verpflichtung zur vorläufigen Zulassung/Ermächtigung bzw. Einsetzung in einen vergleichbaren Teilnahmestatus wird nicht die Beibehaltung der bisherigen Lage, sondern eine Erweiterung der beruflichen Betätigung mit besonderen Verdienst- und Einkommensmöglichkeiten eröffnet. Es ist demnach den Psychologischen Psychotherapeuten, die nicht mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Ausnahmevoraussetzungen des [Â§ 95 Abs.10](#) bzw. Abs.11 SGB V erfüllen, grundsätzlich zuzumuten, den Ausgang des Hauptsacheverfahrens abzuwarten (vgl. zu den Psychotherapeuten ohne Psychologiestudium, die bisher im Kostenerstattungsverfahren tätig waren: BVerfG, [NJW 2000, 1779](#), 1780f).

So liegt der Fall auch hier. Hinzu kommt, dass zusätzlich das öffentliche Interesse zu berücksichtigen ist, das der Gesetzgeber mit dem Erfordernis eines Fachkundenachweises verlangt. Die beschwerdeführende Beigeladene zu 1) hat zutreffend darauf hingewiesen, dass eine fachkundige Behandlung der Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen in Richtlinienverfahren im öffentlichen Interesse liegt, das schwerer wiegt als die Nachteile, die für die Bgin mit der Ablehnung der einstweiligen Anordnung verbunden sind. Ihr ist es wie auch den anderen nicht zugelassenen/ermchtigten Psychologischen Psychotherapeuten oder selbständig psychotherapeutisch tätigen Heilpraktikern ohne Psychologiestudium nicht verwehrt, mit ihrer bisherigen Berufstätigkeit fortzufahren. Allerdings haben die Patienten, gleichg^l ob sie Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen, privat versichert und/oder beihilfeberechtigt sind, ihre Kosten selbst zu tragen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der "Alternativmedizin", für die die Patienten selbst aufkommen müssen, gerade in Großstädten wie München vermag der Senat deshalb nicht der Argumentation der Bgin zu folgen, dass ihre Praxis ohne vorläufige Zulassung/Ermächtigung bzw. vergleichbarem Teilnahmestatus in ihrer Existenz gefährdet ist, zumal die Bgin, wie sich aus ihrem Lebenslauf und der Bestätigung des Instituts für integrative Gestalttherapie Würzburg vom 11. Dezember 1998 ergibt, nicht nur Kenntnisse und Erfahrungen in der Psychotherapie sondern u.a. auch in der Gestalt-Kunsttherapie erworben hat.

Aus diesen Gründen ist auf die Beschwerde der Beigeladenen zu 1) der Beschluss des Sozialgerichts München vom 11. Mai 2000 aufzuheben und der Antrag der Bgin, den Berufungsausschuss für Ärzte Bayern zu verpflichten, sie vorläufig berufsunabhängig als Psychologische Psychotherapeutin zuzulassen, hilfsweise in einen vergleichbaren vorläufigen Teilnahmestatus einzusetzen, abzulehnen.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus einer entsprechenden Anwendung des [Â§ 193 Abs.1 und Abs.4 Satz 2 SGG](#) in der Fassung des Gesundheitsstrukturgesetzes.

Diese Entscheidung ergeht kostenfrei ([Â§ 193 SGG](#)) und ist endg^l ([Â§ 177 SGG](#))

).

Erstellt am: 19.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024